

Vom 16. bis 19. September 2026 verwandelt sich St. Pauli wieder in das pulsierende Zentrum der europäischen Musikwelt. Doch über den Vorbereitungen des Reeperbahn Festivals liegt ein tiefer, dunkler Schatten.

Kulturstatsminister Wolfram Weimer plant eine drastische Halbierung der Bundesförderung. Ein kulturpolitischer Kahlschlag, der die Hamburger Clubszene ins Mark trifft. Doch hinter den Kulissen schwelt ohnehin ein historischer Verteilungskampf: Für viele Kiez-Clubs ist das Festival Freud und Leid zugleich.

Dabei ist es irgendwie ja auch eine Geschichte vom texanischen Traum zum globalen Kiez-Leuchtturm: Man schreibt das Jahr 2000, als ein junger Hamburger Musikmanager namens Alexander Schulz im texanischen Austin aus dem Flugzeug steigt. Er gerät mitten hinein in das vibrierende, laute Chaos der *South by Southwest* (SXSW). Dort, im drückenden Süden der USA, beobachtet er fasziniert, wie eine ganze Stadt für wenige Tage zur globalen Hauptschlagader der Musikindustrie wird. Aufstrebende Bands spielen in winzigen Kneipen, in Hinterhöfen, auf der Straße. Labels, Booker*innen und Tech-Pionier*innen feilschen an den Tresen um die Zukunft der Popmusik. Schulz hat eine Vision: Was im staubigen Texas funktioniert, muss doch auch im rauen, windgepeitschten Norden Deutschlands möglich sein. Es dauert sechs Jahre, bis dieser Traum Wirklichkeit wird. Im September 2006 feiert das Reeperbahn Festival seine Premiere auf St. Pauli. Das Konzept ist so einfach wie genial: Die ohnehin dichte, historisch gewachsene Clubstruktur rund um die sündigste Meile der Welt wird zur Bühne für ein gigantisches Schaufenster der Popkultur – ein sogenanntes „Showcase-Festival“. Anstatt etablierte Megastars zu buchen, die ohnehin die Stadien füllen, wird das Festival zum Entdecker-Paradies. Hier treten die vielversprechendsten Newcomer*innen auf, oft noch bevor sie überhaupt einen Plattenvertrag in der Tasche haben. Über die Jahre entwickelt sich die Hamburger Veranstaltung rasant vom ambitionierten Kiez-Experiment zum unumstrittenen, unersetzlichen Seismografen und wichtigsten B2B-Marktplatz der europäischen Musikbranche. Es ist die vitale Lunge, durch die die heimische Musikwirtschaft atmet. Jedes Jahr im September treffen sich tausende internationale Fachbesucher*innen in den Hamburger Spielstätten, um auf hochkarätigen Konferenzen die Trends von morgen zu verhandeln. Und weil dieses Treffen längst keine rein lokale Angelegenheit mehr ist, sondern auch als nationaler, kulturpolitischer Leuchtturm strahlt, stieg auch der Bund massiv in die Finanzierung ein. Zuletzt trug die Bundesförderung das Festival zu über 70 Prozent – eine lebensnotwendige Partnerschaft, die nun jedoch vor einer

Zerreißprobe steht.

Das Festival in nackten Zahlen

Wenn man nun verstehen will, warum in den Chefetagen der Hamburger Musikwirtschaft und hinter den Tresen der Kiez-Clubs derzeit blanke Existenzangst herrscht, muss man den Blick auf die nackten, eisigen Zahlen richten. Die finanzielle Lebensader des Festivals wird im Rekordtempo abgeschnürt. Noch im vergangenen Jahr feierte die Musikbranche einen historischen Höchststand. Mit 6,27 Millionen Euro (!) Bundesförderung im Rücken konnte das Reeperbahn Festival ein Programm auf die Beine stellen, das international Maßstäbe setzte. Aber schon für das laufende Jahr 2026 grätschte der Rotstift der Politik brutal dazwischen und das Budget wurde auf 4,5 Millionen Euro herabgestuft – ein schmerzhafter, aber gerade noch handhabbarer Schnitt. Der aktuelle Haushaltsentwurf von Kulturstatsminister Wolfram Weimer für das kommende Jahr aber sieht nun einen noch radikalen Kahlschlag vor. Nur noch 3 Millionen Euro sollen aus Berlin an die Elbe fließen. Faktisch ist das eine Halbierung der Bundesmittel innerhalb von 2 Jahren.

Kulturpolitik nach Gutsherrenart?

Dieser drastische Sparkurs ist aber kein isoliertes Phänomen. Er legt eine tiefe, fast schon ideologische Kluft in der aktuellen deutschen Kulturpolitik offen. Während Weimer bei der Popkultur, den Newcomer*innen und der Nachwuchsförderung mit eisiger Konsequenz streicht – auch die überlebenswichtige *Initiative Musik* soll um 22 Prozent auf 15 Millionen Euro gekürzt werden –, bleiben andere Töpfe unangetastet oder wachsen sogar. Ausgerechnet die Bayreuther Festspiele, das alljährliche Hochamt der klassischen Hochkultur, dürfen sich über eine Erhöhung der Bundesmittel freuen.

Es ist eine Schieflage, die in der Szene für fassungslose Wut sorgt. Hier wird nicht einfach nur gespart; hier werden kulturpolitisch gänzlich andere Prioritäten gesetzt. Die Botschaft, die aus Berlin gesendet wird, ist fatal: Die lebendige, diverse und wirtschaftlich so bedeutende Popkultur gilt in den Augen des Kulturstatsministers offensichtlich als streichbares Freizeitvergnügen, während die elitäre Hochkultur als schützenswertes Heiligtum zementiert wird. Wer die Jugend und die Zukunft der Musik so systematisch im Regen stehen lässt, betreibt eine Kulturpolitik nach Gutsherrenart, die den Anschluss an die gesellschaftliche Realität längst verloren hat.

Wenn im September aber nun die Scheinwerfer wieder angehen und die internationale Musikwelt auf St. Pauli anstößt, waren auch so nie alle glücklich mit dem Festival. Für viele

lokale Clubbetreiber*innen bedeutete das Festival jahrelang nämlich nicht nur Glanz und Gloria, sondern auch einen harten Kampf um die eigene Existenz. Die Beziehung zwischen der Festivalleitung und der lokalen Clubszene ist ein hochsensibles, historisch gewachsenes Spannungsfeld, das hinter den Kulissen oft heftig knirschte.

Die Fesseln der „360-Grad-Verträge“

Das größte Konfliktfeld der vergangenen Jahre lässt sich wohl in dem Begriff „360-Grad-Vertrag“ zusammenfassen, der unter Kiez-Clubbetreiber*innen fast wie ein Schimpfwort benutzt wird: eine Exklusivitätsklausel. Wer als Band auf dem Reeperbahn Festival spielen wollte, musste oft sogenannte „360-Grad-Verträge“ unterschreiben. Die Bedingung: Die Künstler*innen verpflichteten sich, in einem Radius von teilweise bis zu 150 Kilometern und über einen Zeitraum von bis zu einem halben Jahr vor und nach dem Festival nicht eigenständig in Hamburg aufzutreten.

Für die kleinen, inhabergeführten Live-Clubs war dies ein Desaster. Es schnitt ihnen das eigene, mühsam kuratierte Booking ab und entzog ihnen lukrative Konzerte im restlichen Jahr. Die Bands wurden künstlich verknappt, die Einnahmen der Hamburger Spielstätten drastisch beschnitten. Hinzu kam ein tiefes Gefühl der Fremdbestimmung. Viele renommierte Clubs dienten während der Festivaltage als bloße Hüllen – als reine „Venues“ für das vom Festivalbüro zentral gebuchte Programm. Eigenes Mitspracherecht beim Line-up? Fehlanzeige.

Während sich das mediale Scheinwerferlicht zudem fast ausschließlich auf die Reeperbahn und ihre direkten Nebenstraßen konzentrierte, blieben Clubs abseits der Partymeile oder Konzertorte, die in den Wochen vor und nach dem Trubel auf Publikum angewiesen waren, sprichwörtlich im Dunkeln stehen. Der gigantische Werbe-Hype des Festivals saugte die Aufmerksamkeit und die Kaufkraft der Musikkonsumenten wie ein schwarzes Loch auf.

Dass diese Spannungen nicht in einer offenen Revolte eskalierten, ist vermutlich der zähen Arbeit des *Clubkombinats Hamburg* zu verdanken. Der Verband der Hamburger Clubbetreiber*innen hat über Jahre hinweg als diplomatisches Schutzschild agiert. In harten, oft zähen Verhandlungen rangen sie der Festivalleitung und der Politik Zugeständnisse ab. Es wurden finanzielle Ausgleichszahlungen für entgangene Einnahmen vereinbart und strukturelle Förderungen erwirkt, um die Härten der Exklusivitätsklauseln für die Betreiber*innen abzufedern. Erst durch diesen mühsam erkämpften Kompromiss wurde das Festival für die Hamburger Clublandschaft überhaupt erst tragbar.

Stirbt nun die Solidarität im Sparkurs?

Mit den drastischen Kürzungsplänen aus Berlin gerät dieses mühsam austarierte, fragile Gleichgewicht auf St. Pauli nun ins Wanken. Denn die bittere Ironie der aktuellen Krise liegt auf der Hand: Wenn dem Festivalriesen die Millionen weggebaggert werden, droht die mühsam erkämpfte Solidarität mit der lokalen Basis als Erstes unter die Räder zu kommen. Ohne ausreichende Bundesförderung stehen vermutlich auch jene finanziellen Ausgleichszahlungen und strukturellen Hilfen zur Disposition, die das Clubkombinat Hamburg für die kleinen Spielstätten erstritten hat.

In dieser zugespitzten Lage prallen die Positionen der verschiedenen Akteur*innen mit unerbittlicher Härte aufeinander. Wolfram Weimer verteidigt seinen harten Sparkurs unbeirrt. Aus dem Umfeld des Kulturstatsministers heißt es kühl, die Haushaltskonsolidierung des Bundes erfordere schmerzhaft Einschnitte in allen Bereichen. Dass dabei die zeitgenössische Popkultur die Zeche zahlt, während die klassische Hochkultur geschont wird, wird als notwendige Schwerpunktsetzung deklariert. Carsten Brosda, Hamburgs streitbarer Kultursenator, hält mit aller Kraft dagegen. Er warnt eindringlich vor einer *„spürbaren und dauerhaften Schwächung des Musikstandorts Deutschland.“* Brosda lässt dabei auch keinen Zweifel daran, dass Hamburg dieses massive Defizit nicht einfach stillschweigend ausgleichen kann: Ein nationaler Leuchtturm, der als Schaufenster für die gesamte Bundesrepublik dient, darf nicht im Alleingang auf den Schultern der Hamburger Steuerzahler*innen abgeladen werden. Ob das Argument verfängt?!

Die Hamburger Clubszene wiederum steht währenddessen in einem quälenden Dilemma. Einerseits ist der Groll über die jahrelange Dominanz, die Knebelverträge und die gefühlte Arroganz der Festivalleitung bei vielen Betreiber*innen noch immer tief verwurzelt. Andererseits wissen die Kiez-Größen ganz genau: Ein unkontrolliert kollabierendes Reeperbahn Festival würde eine Schockwelle auslösen, die die ohnehin angeschlagene, lokale Club-Infrastruktur mit in den Abgrund reißen könnte.

Wenn der Gigant stürzt, kann er auch die kleinen Bühnen mit sich ziehen. Aus dem berechtigten, jahrelangen Verteilungskampf zwischen „Kiez gegen Festival“ ist im Angesicht der Berliner Kürzungspläne ein existenzieller Überlebenskampf geworden, den man vielleicht und letztlich nur gemeinsam gewinnen – oder krachend verlieren kann.

Am Ende wird es bei dieser Debatte also um weit mehr als um nackte Zahlen, Haushaltslöcher und politische Zuständigkeiten gehen. Es geht um die Frage, welchen Wert

wir als Gesellschaft der lebendigen, ungezähmten Kultur beimessen. Wenn im Herbst 2026 die Abgeordneten im Bundestag über den finalen Haushaltsentwurf abstimmen, entscheiden sie auch darüber, ob Deutschland seine lauteste, bunteste und mutigste Stimme behält – oder ob wir sehenden Auges ein historisches, kulturelles Sterben einleiten.

Popkultur ist kein Luxusgut

Popkultur ist kein nettes, verzichtbares Beiwerk, das man in Krisenzeiten einfach wegzensieren oder wegbudgetieren kann. Sie ist der soziale Kitt, der Sauerstoff einer Gesellschaft. In den einst stickigen, verrauchten Kellern von St. Pauli wird verhandelt, wer wir sind, wer wir sein wollen und wie wir miteinander leben. Hier entstehen Utopien. Wer hier den Rotstift ansetzt, spart an unserer Identität. Das Reeperbahn Festival darf nicht zum Opfer eines politischen Trauerspiels werden. Es muss ein Ort bleiben, an dem der Bogen tanzt, an dem junge Künstler*innen ohne Knebelverträge eine faire Chance bekommen und an dem die lokalen Clubs als gleichberechtigte Partner*innen glänzen können, statt als bloße Kulissen missbraucht zu werden.

Die Politik in Berlin steht nun also in der Pflicht. Das parlamentarische Verfahren im Bundestag ist die letzte Reißleine. Es ist die Chance für die Abgeordneten, Weimers einseitige, rückwärtsgewandte Schwerpunktsetzung zu korrigieren. Sie müssen beweisen, dass ihnen die Zukunft der Musikwirtschaft und die Existenz der Clubs auf St. Pauli ebenso viel wert sind wie die Traditionen der klassischen Hochkultur.

Der Kiez darf nicht verstummen. Wenn im September 2026 die ersten Akkorde über die Reeperbahn schallen, sollte das kein wehmütiger Abgesang auf bessere Zeiten sein, sondern ein unüberhörbares, trotziges Lebenszeichen. Die Hamburger Livemusikfans sollten ihre lokalen Clubs unterstützen, auf Konzerte gehen, diesen Freiraum einfordern. Denn eine Stadt ohne laute, mutige Livemusik ist am Ende nur eines: unendlich arm.

Tiefgang statt Bezahlschranke:

Mit einer Spende hilfst du uns, weiterhin unabhängig über die Kulturszene zu berichten:

Konto Kulturspinnerei, GLS Bank, IBAN: DE42 4306 0967 1117 3871 00, Betreff: „Tiefgang“



